

Ratsbeschluss: Landesstelle bleibt 10 Jahre Flüchtlingsunterkunft für bis zu 800 Menschen – Abgrenzung zur Hochschule mit Zaun und Kontrollen

Geschrieben von Silvia Rinke am 18. Dezember 2014 in Politik+Gesellschaft, Tagesthema, Wirtschaft+Handel

Die Landesstelle ist faktisch wieder Landesstelle – eine Einrichtung des Landes NRW, um Flüchtlinge unterzubringen. Und zwar für die nächsten 10 Jahre.

In einem Eilbeschluss stimmte der Rat am Abend einer kurzfristigen Vorlage der Verwaltung zu: Danach darf das Land die Gebäude an der Buderusstraße *bis 2025 wieder offiziell als Flüchtlingsunterkunft nutzen*. Die noch heute Abend zu beschließende dringende Vereinbarung zwischen Stadt Unna und Land NRW sieht eine Belegungsgrenze von *600 Menschen* vor – in *“dringenden Bedarfssituationen” bis zu 800*, dies aber höchstens *drei Monate im Jahr*.

Als räumliche Abtrennung zur ebenfalls auf dem Gelände angesiedelten *Hochschule* wird ein *Zaun* gezogen, eine *Grünzone* wird angelegt, und *Personenkontrollen* werden an den Durchgängen durchgeführt. Während die Grünen hierin eine *“Ghettoisierung”* befürchten, hat das Land diese Abgrenzung klar vorgeschrieben, machte Bürgermeister Werner Kolter klar.

Die Hochschule hat der Vereinbarung zugestimmt. *“Zehn Jahre sind allerdings doppelt so lange, wie die Hochschule gewünscht hatte”*, gab Kolter zu bedenken. Doch das Land, dem das weitläufige Gelände in Massen nun mal gehört, hätte sich nicht auf einen kürzeren Zeitraum eingelassen, erläuterte Kolter die extrem schwierige Lage für die Kreisstadt Unna. *“Die baulichen Maßnahmen, die die Landesregierung tätigen will, lohnen sich nicht für fünf Jahre.”* Denn Anbauten sind dringend nötig: Z. B. fehlt es eklatant an Spielmöglichkeiten für die Kinder.

Ohnehin sitzt das Land am längeren Hebel. *2009 hatte es die Nutzung als Landesstelle rechtlich aufgegeben*. Seit eineinhalb Jahren bringt es aber *dennoch* wieder Flüchtlinge dort unter – mit den Strömen von Menschen, die weltweit aus Bürgerkriegsgebieten flohen und weiter fliehen, schoss die Zahl der in Massen einquartierten Menschen auf 800 bis in Spitzenzeiten 1000 Menschen, sagte Kolter. Ein eigenes kleines Dorf.

Juristisch ist die Stadt zwar im Recht – das Land betreibt die Nutzung widerrechtlich -, doch permanent gegen das Land vor Gericht zu ziehen bringe niemanden weiter, argumentierte der Bürgermeister. Denn die Tatsache der *weltweiten humanitären Katastrophen müsse Unna zur Kenntnis nehmen*.



Mit der rechtlichen Vereinbarung *“kann das Land tun, was es tun will – und was es im Interesse der Menschen tun muss: dringend nötige Aus- und Anbauten tätigen”*, so einen Unterstand an der Essensausgabe oder Buswartehäuschen, um die Menschen jetzt im Winter nicht buchstäblich im Regen stehen zu lassen. Für die Hochschule, so Kolter, *“kann das eine Chance sein – es kann aber auch ein Risiko sein.”*

Letztlich fügten sich die Fraktionen, die meisten zähneknirschend; wobei sich der Groll nicht gegen die Flüchtlinge richtete, sondern gegen das Land. *“Am Anfang waren es vier Wochen, jetzt sind es zehn Jahre”*, kommentierte Klaus Göldner (FW/FLU) zähneknirschend, *“ich glaube dem Land diesbezüglich gar nichts mehr.”*

Andreas Tracz (FDP) stimmte in die Kritik ein. “Wir würden froh sein, wenn das Land uns dann endlich mal bei der Hochschule unterstützt. Mit einem Studiengang ‚Migration´ oder was da sonst möglich wäre...” Jedenfalls war es nicht nur für ihn “mal ein Hammer, so eine Vorlage heute so kurzfristig so entscheiden. *Es ärgert einen – wir werden vor Wut in die Tischkante beißen.*”



Beschließen musste der Rat jedoch. Und eins gab Werner Kolter unter *Beifall der Grünen* zu bedenken: “*Bevor die Menschen in Containerdörfer ziehen: Wenn das Land hier fertige Wohnungen zur Verfügung hat, ist das verdammt schwer zu begründen.*” Alle Klageprozesse, stellte er nüchtern unter Zustimmung des Rates fest, “würden an der Realität scheitern.”